



2/2020

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

es war eine Woche voller Abschiede. Und damit meine ich zur Abwechslung mal nicht den Kohleausstieg, den das Kabinett in dieser Woche beschlossen hat. Heute um Mitternacht—23 Uhr Londoner Zeit - verlässt das Vereinigte Königreich nun wirklich die EU. Man hatte zwischenzeitlich den Eindruck, der Tag würde nie kommen so endlos schienen die diversen Ultimaten, die von beiden Seiten immer wieder gestellt wurden. So richtig dazugehören wollten die Briten ja nie. Zum Abschied gab es nun aber doch noch versöhnliche Liedgesänge. Sang – und klanglos ging der tatsächliche Austritt also nicht über die Bühne, aber nach den langen, harten und mitunter auch lauten Diskussionen trotzdem irgendwie nüchtern. Der Austritt der Briten ist ein großer Verlust. Die Machtverhältnisse innerhalb der EU verschieben sich damit klar zu Ungunsten der Nord-und Mitteleuropäer. Das Vereinigte Königreich war für Deutschland ein wichtiger Verbündeter, vor allem auch dann, wenn es Forderungen aus den Südeuropäischen Ländern abzuwehren galt. Wichtig für Deutschland wäre es, endlich wieder bessere Beziehungen nach Ost- und Südosteuropa zu entwickeln. Hier gilt es einfach mal über den eigenen Schatten zu springen.

Mit einem Paukenschlag verabschiedete sich in dieser Woche dagegen die Moderatorin des Dresdner Semperoperballs. Die Ordensverleihung an den ägyptischen Präsidenten war tatsächlich ein ordentlicher Fehlgriff. Zu dieser Einsicht kam nach anfänglicher Rechtfertigung dann auch der Chef des Opernballvereins. Nun denke man über die Rolle als Kulturbotschafter nach. Mit der Aktion hat man einem kulturellen Fest völlig unnötig einen politischen Anstrich gegeben. Das ist umso bedauerlicher, als man die nun laufende Diskussion nun wahrlich hätte kommen sehen können. Natürlich ist Ägypten ein wichtiger Stabilitätsanker in Nordafrika. Es ist ein großes Land mit vielen wirtschaftlichen Potentialen. Aber, ob der Präsident wirklich ein Kämpfer für Frieden und Demokratie ist und sich für das Gute in der Welt einsetzt, möchte ich bezweifeln. Wie man beim Opernballverein auf diese Idee kommen konnte, ist mir schleierhaft. Spätestens zum Ball selbst wird es dann aber wieder mehr um die Frage gehen, welche Farben die Kleider der diesjährigen Debütantinnen haben. Und keine Sorge: Der Ball wird nicht ausfallen und auch ohne Moderatorin ins öffentlich-rechtliche Fernsehen übertragen werden. Denn immerhin: Der Kaiser macht´s.

In diesem Sinne verabschiede auch ich mich ins Wochenende und wünsche Ihnen eine gute Zeit.

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHEN IM PARLAMENT

**Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude.** Ziel dieses Gesetzentwurfs ist die Vereinfachung und Entbürokratisierung des Energieeinsparrechts für Gebäude. So werden bisherige Gesetze und Verordnungen in einem neuen Gesetz gebündelt. Für die Errichtung neuer Gebäude soll künftig ein einheitliches Anforderungssystem gelten. Es wird der Ansatz verfolgt, den Energiebedarf eines Gebäudes durch einen effizienten baulichen Wärmeschutz gering zu halten und den verbleibenden Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energien zu decken. Zudem werden mit dem Gesetz die im Rahmen des Klimapakets getroffenen Vereinbarungen rechtlich umgesetzt, wonach in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen ab 2026 nicht mehr gestattet ist.

**Drittes Gesetz zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes.** In zweiter und dritter Lesung wurde die Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes beschlossen, mit dem der Bund den Bau und den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs fördert. Dazu werden in den Jahren 2020 und 2021 zusammen eine Milliarde Euro gegenüber 2019 mehr bereitgestellt. Ab 2021 steigen die Investitionsmittel auf eine Milliarde jährlich, für 2025 ist eine Erhöhung auf zwei Milliarden Euro mit anschließender Dynamisierung um jährlich 1,8 Prozent vorgesehen. Um kurz- und mittelfristige Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, werden neue Fördervorhaben aufgenommen.

**Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich.** Mit dem Gesetz, das ebenfalls in zweiter und dritter Lesung beschlossen wurde, sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich weiter beschleunigt werden. Dazu werden etwa die Planungsverfahren für Ersatzneubauten verschlankt. In Folge dieser Anpassungen sind bestimmte Ersatzneubauten künftig gänzlich von einer Genehmigungspflicht befreit. Darüber hinaus werden die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlastet. Die neue Regelung trägt



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

zur Beschleunigung der Investitionen in das Schienennetz bei und ermöglicht eine schnellere Realisierung von Kreuzungsbauwerken.

**Gesetze zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz).**

In zweiter und dritter Lesung beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich. Dies folgt den Beschlüssen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Der Gesetzentwurf benennt zwölf Projekte aus den Bereichen Schiene und Wasserstraße, die jeweils für eine Zulassung durch Maßnahmengesetz in Frage kommen. Darüber hinaus trifft er Festlegungen hinsichtlich Zuständigkeiten und Verfahren, die insbesondere die Bürgerbeteiligung und die Umweltprüfung betreffen.

**Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt.**

Das Gesetz schafft in zweiter und dritter Lesung eine Grundlage für die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Geregelt werden unter anderem Rechtsform, Stiftungszweck, die Organe der Stiftung und deren Vermögen. Die Stiftung wird dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu stärken und zu fördern. Hierzu soll die Stiftung unter anderem Serviceangebote und Informationen bei der Organisationsentwicklung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bereitstellen. Der jährliche Finanzbedarf der Stiftung wird auf 30 Mio. Euro geschätzt.

# JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2020

Die Bundesregierung legt jedes Jahr – und zwar immer Ende Januar – eine Bestandsaufnahme über unsere Wirtschaft vor. Darin wird erklärt, wie es unseren Unternehmen geht, wie sich die Zahl der Beschäftigten entwickelt oder wie die Aussichten fürs kommende Jahr sind. Dieser „**Jahreswirtschaftsbericht 2020**“ wurde in dieser Woche vorgestellt und beschlossen.

Die Bundesregierung rechnet mit einer verhaltenen konjunkturellen Entwicklung, auch wenn die **Wachstumsprognose für das laufende Jahr leicht auf 1,1 Prozent angehoben** wird. Damit ist unsere Wirtschaft in

den vergangenen elf Jahren durchgängig gewachsen. Vieles spricht dafür, dass wir **auch 2020 auf einem stabilen Kurs** bleiben werden. Unsere Arbeitslosenquote ist niedrig, noch nie in der Geschichte unseres Landes hatten so viele Menschen einen Job, die Kauflaune der Deutschen ist ungebrochen. Die privaten Einkommen werden auch im kommenden Jahr durch den **Abbau des Solidaritätszuschlags** weiter steigen.

Die Gefahr einer Rezession ist erstmal gebannt. Trotzdem sind **weitere, langfristig angelegte Anstrengungen von Nöten**, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Denn die Risiken für die deutsche Wirtschaft haben sich erhöht. Das schwierige internationale Umfeld mit BREXIT, Diskussionen um Schutzzölle und zunehmende politische Konflikte machen gerade unseren exportorientierten Familienunternehmen und mittelständischen Betrieben zu schaffen.

Es gilt daher, den Wirtschaftsstandort umso zukunftsfester zu machen. Jetzt ist **Zeit für Strukturreformen**. Weniger Verteilen, mehr Erwirtschaften, weniger Regulieren, mehr Freiräume muss das Motto in der zweiten Hälfte dieser Legislatur sein. Eine **markt- und wettbewerbsgetriebene Energiewende** und das **Voranreiben der Digitalisierung** gehören dabei ganz oben auf die Agenda. Für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland ist es zudem unerlässlich, **Unternehmenssteuern zu senken** und **Bürokratie abzubauen**. Die Bon-Pflicht tut aktuell nichts dafür. Hier sind Korrekturen notwendig. Wir müssen zudem mehr

Experimentierräume für neue Technologien und Gründer schaffen.

Ein wichtiges Barometer ist immer auch die **Investitionsbereitschaft**: Die Bundesregierung pumpt weiter kräftig Geld in die Digitalisierung unseres Landes, in den Ausbau der erneuerbaren Energien und in die Modernisierung unserer Straßen und Brücken. Doch immer wieder werden Großprojekte aufgehalten, weil

## Staatliche Investitionen steigen

vor allem für Klimaschutz und digitale Infrastruktur



sie in komplizierten Verwaltungsverfahren über Jahre feststecken. Das **Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsgesetz**, kurz Maßnahmengesetz-Vorbereitungsgesetz (MgvG), soll dabei, zusammen mit dem **Genehmigungsbeschleunigungsgesetz**, Abhilfe schaffen. Beide wurden ebenfalls in dieser Woche vom Bundestag beschlossen.

## BEGEGNUNGEN



Frische Ideen für die Events in der Dresdner Innenstadt. Das **City Management Dresden** macht es möglich. Ziel ist es, die Attraktivität und Erlebnisqualität zu steigern. Neue Ansätze und innovative Ideen standen im Fokus meines Gesprächs mit Frau Wachtel, die vor einem Jahr die Geschäftsführung übernommen hat. Zusammen verfolgen wir das Ziel, dass die Innenstadt Dresdens weiter Anziehungspunkt für Touristen und die Bürger unserer Stadt bleibt.



Mit **Prof. Frank Fitzek**, der die Professur für Kommunikationsnetze der Deutschen Telekom an der TU-Dresden leitet, habe ich mich über die aktuellen Entwicklungen der **5G-Technik** ausgetauscht. Er ist der maßgebliche Koordinator für das 5G-Lab Germany und damit ganz nah an den Themen der Zukunft. Zusammen haben wir uns den 5G-Container angesehen, mit dem ein Testfeld errichtet werden kann. Die Drahtlos-Technologie ermöglicht eine Echtzeitkommunikation, mit der neue Prozesse digital abgebildet und gestaltet werden können.



Der **Sonnenschein e.V. Dresden** ist ein durch Spenden finanziertes Verein, der sich um Kinder und Jugendliche mit Krebs sowie ihre Familien kümmert. Als Kuratoriumsmitglied engagiere auch ich mich für diese außerordentlich wichtige Angelegenheit.



Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms PPP bin ich in diesem Jahr Pate von Alexandria Schmidt aus Chicago. Sie lebt seit Oktober letzten Jahres in Dresden und studiert momentan Politikwissenschaften an der TU-Dresden.

### TERMINE

04.02.2020, Berlin

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

05.02.2020, Dresden

Besuch der RUAG Space Germany

Bericht aus Berlin im Ortsverband Altstadt/Großer Garten

06.02.2020, Dresden

Besuch des Instituts Luft- und Raumfahrttechnik

Besuch des Fraunhofer Instituts

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb